

## Presseinformation

Nr. 532 / 2013

Kiel, Dienstag, 3. Dezember 2013

Bildung / Pisa

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Anita Klahn: Erfreulich, aber noch nicht das Ziel

Zu den aktuellen Pisa-Ergebnissen erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die aktuellen Ergebnisse der Pisa-Studie zeigen deutlich, dass es einen Aufwärtstrend für das bundesdeutsche Schulwesen – im mathematischen Bereich – gibt. Bedauerlicherweise werden wir aber wohl nie erfahren, an welcher Stelle im Bundesvergleich Schleswig-Holstein liegt. Diese Daten bleiben, obwohl vorhanden, wahrscheinlich dauerhaft unter Verschluss.

Die neuen Ergebnisse offenbaren außerdem, dass auch im Bereich der Begabtenförderung immer noch mehr erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Landtagsfraktion in ihren aktuellen Änderungsvorschlägen für den Haushalt 2014 eine Steigerung in diesem Haushaltstitel um 60.000 Euro bereitgestellt. Es ist auch für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein wichtig, dass wir in diesem Bereich nicht den Anschluss verlieren.

Die Interpretation der SSW-Kollegin Waldinger-Thiering, wonach der Ländervergleich zeige, *„dass zergliederte Schulsysteme veraltet und das längere gemeinsame Lernen die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft“* seien, ist – gelinde gesagt – ‚gewagt‘. Die von ihr als vermeintlich löbliche Beispiele genannten skandinavischen Länder bringen nämlich nicht das her, was Frau Waldinger-Thiering zu vermitteln versucht. Mit Ausnahme von Finnland liegen sämtliche skandinavischen Staaten hinter Deutschland, in dem – so Waldinger-Thiering – Kinder *„systematisch separiert und ausgegrenzt werden“*. Ganz abgesehen davon, dass das ein ungeheuerlicher Vorwurf ist, ist es zudem auch eine ziemliche Klatsche für die Sozialdemokraten, die in den vergangenen 25 Jahren über 22 Jahre Bildungsverantwortung in diesem Land trugen. Härter kann eine bildungspolitische Sprecherin einer regierungstragenden Fraktion nicht mit dem Koalitionspartner ins Gericht gehen.“